

UND SOLL TROTZDEM WIEDERBELEBT WERDEN

Banken den Staat

durch Leistung untermauert.“ geradezu grotesk (Trend, Feb. 2008).

„Leistungsgerecht“ ?

Christian Felber, Sprecher der globalisierungskritischen Gruppe „Attac“, hat ausgerechnet, dass ein Spitzenmanager in den USA den 150.000fachen Stundenlohn eines Mindestlohnempfängers verdient, in Österreich immerhin noch das 700fache. Ist es überhaupt vorstellbar, dass jemand in einer Arbeitsstunde 700mal so viel leistet wie ein anderer?

Geschuldet sind diese obszönen Auswüchse dem jahrzehntelang gerühmten „freien Markt“, der es ermöglicht hat, weltweit Menschen gegeneinander auszuspielen und so die Lohnkosten zu drücken.

In Österreich wurden Betriebe „gesundgeschrumpft“, Filialen geschlossen – zur Freude der Anleger, deren Aktien durch die anschließenden „Gewinne“ wieder an Wert zulegten.

Konzerne statt Politik

Unter dem Motto „mehr

privat – weniger Staat“ haben gewiefte Polit-Lobbyisten seit den 80er Jahren immer mehr Vermögens- und Unternehmensbereiche der öffentlichen Hand und damit dem demokratischen Einflussbereich entrissen, um – wie Veit Sorger, Präsident der Industriellenvereinigung in „Vision“, Sep. 08 – zu frohlocken: „Unternehmen werden teilweise die Politik ablösen, das tun sie ja jetzt schon und das tut uns auch ganz gut.“

Doch der Umverteilungskampf von unten nach oben ist in eine Krise geraten: Die Einkommen der „kleinen Leute“ reichen nicht mehr aus, um den Profis noch mehr Kapital zuzuführen. Die Kaufkraft schwindet, das Produktionswachstum stockt, die Wirtschaft ist am Ende, Massenarbeitslosigkeit droht.

Halbherzige „Begleitmaßnahmen“

Das staatliche 100-Milliarden-Euro-Hilfspaket für Banken und Versicherungen beschränkt sich auf halbherzige „Begleitmaßnahmen“ und sichert der Allgemeinheit keineswegs künftige Profite aus dem großzügig vergebenen Geld. Fazit: Nicht die schuldtragenden Manager, sondern wir alle werden die Rechnung der großzügigen Geldspritzen eines Tages begleichen müssen.

Wie, dazu gibt es bereits erste Vorschläge: Sie reichen von strengeren Zumutbarkeitsbestimmungen und Zwangsarbeit für Arbeitslose über Leistungskürzungen im Sozialwesen bis zu Einsparungen beim Gesundheitssystem.

heide.bekhit@kpoe-steiermark.at

DIE SPIELER

Ob staatsnahe Betriebe, Länder, oder Gemeinden: Sie alle haben Millionen verspekuliert. Einige Beispiele:

Die Kommunalkredit Austria AG, spezialisiert auf Gemeinde-Finanzierungen, musste vom Staat gerettet werden, nachdem sie 230 Mio. Euro bei riskanten Veranlagungen in Zypern und Island in den Sand gesetzt hat.

Zu den Wertpapier-Spekulationsgeschäften gesellen sich bei den **ÖBB** Verluste aus Cross-Border-Leasing- und missglückten Währungsspekulations-Geschäften mit ungarischen Forint. Die bisher absehbaren Verluste betragen zwischen 600 und 700 Mio. Euro.

Cross-Border-Leasing-Geschäfte sollten auch für **Post und Telekom** Gewinne bringen. Das Gegenteil davon war der Fall. Mit von der Partie der Spekulanten war auch die **Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA)**. Riskante Veranlagungen im Ausmaß von insgesamt 29 Millionen Euro wurden bereits zum Großteil abgeschrieben.

Wohnbaugelder hat das **Land Niederösterreich** verzockt. Der Buchverlust betrug bereits Mitte September 300 Mio. Euro.

Die **Stadtgemeinde Hartberg** hat bei zweifelhaften Finanzgeschäften zwei Mio. Euro verloren, 1,6 Mio. davon gehen auf das Konto von Meinl European Land (MEL). Spekulationsgeschäfte mit Wechselkursen, sogenannte „Swap-Geschäfte“ sollten die Bilanz der **ASFINAG** schönen. Herausgekommen ist dabei ein Schaden von 113 Millionen Euro.

Sagen Sie uns Ihre Meinung!

KPÖ-Ernest Kaltenecker, Landhaus, Herrngasse 16, 8010 Graz, Fax 0316/877 5108 oder E-Mail: volksstimme@kpoe-steiermark.at



(foto: flickr by jasonsmith)

managern noch eine Prämie von 20 Mio. Dollar. Das Bild und zeigt Beschäftigte der Bank.